

Mein Standpunkt Beat Kappeler



Mit einer hohen Franchise kommen wir zu einer kostengünstigen Krankenkasse für alle

Bundesrat Alain Berset rüttelt an den Franchisen der Krankenkasse, er rüttelt damit am Grundsatz einer Versicherung an sich. Denn beide Teile eines Versicherungsgeschäfts sollten die Bedingungen frei aushandeln können.

Nun ist zwar die Krankenversicherung obligatorisch. Doch die Krankenkasse kann Leistungen über den Grundkatalog hinaus anbieten, und die Versicherten können innerhalb des Grundkatalogs sich mit der Franchise stärker oder weniger stark versichern - mit entsprechendem Rabatt der Prämienkosten.

Nun geht in Berts Sozialdemokratischer Partei immer wieder das Gemurmel von fehlender Solidarität um, wenn sichtlich Gesunde sich mit einer hohen Franchise die Prämien senken können. Wo kämen wir hin!

Wir kommen damit nämlich zu einer kostengünstigen Krankenkasse für alle. Denn jene mit Franchisen nehmen einiges auf sich, und sie konsumieren ärztliche Leistungen sparsam. Natürlich spielt da eine Asymmetrie an Informationen mit, wie die Ökonomen sich ausdrücken. Der gesunde Versicherte weiss mehr über sich als die Kasse. Allerdings sind wir alle hinfällig, weshalb eine begrenzte Franchise sinnvoll ist, jedoch soll sie genügend Anreiz zu vorsichtigem Leistungsanspruch bieten.

Letztlich sind Wissensvorsprünge, eben asymmetrische Informationen, das Salz aller Märkte. Seit vierzig Jahren geht die Ökonomie von diesem Grundsatz aus und nicht mehr von der unsinnigen Annahme, alle hätten die gleichen Informationen. Diese Woche legte mir ein Menschenfreund einen

Zettel in den Briefkasten, er kaufe alle alten Autos auf, egal in welchem Zustand. Wer ihm ein solches Lottergefährt abgibt, weiss wohl um dessen Fehler oder ist froh um die rasche Abwicklung, aber der Käufer hat ebenfalls seine Pläne. Er verkauft in den Osten, oder er hat einen gewieften Mechaniker an der Hand, oder er sucht den nächsten Dummen. Aber der Tausch kommt zustande, ohne dass jeder weiss, was der andere weiss. Der Nobelpreis für Ökonomie wurde genau dieser Markttheorie der Occasionswagen verliehen, an George A. Akerlof, den Mann der Präsidentin der US-Notenbank, Janet Yellen. Die asymmetrische Information kehrt also in bester Gesellschaft.

Bei der Krankenversicherung kommt ein wichtiger Freiheitsgrad des Versicherten hinzu. Er kann seine Gesundheit, und damit die Höhe seiner Franchise, teilweise selbst bestimmen. Wer nicht raucht, wenig Alkohol konsumiert, sich regelmässig körperlich verausgibt, ist nachweislich gesünder. Er hat dafür etwas getan, dafür verdient er auch etwas, nämlich tiefere Prämien.

Würde dieser Freiheitsgrad in den Prämien erstickt, kämen wohl mit der Zeit die Kassen auf die Idee, ihr Wissen über die Versicherten zu erhöhen. Sie würden, weil die Kosten dann allgemein aus dem Ruder liefen, Kontrollen über das Rauchen, das Gewicht, die körperliche Betätigung, das Saufen anbieten oder sogar erzwingen, um die Prämien zu modulieren. Wir wären dann auch bei differenzierten Prämien, aber mit Kontrollen und von oben verfügt.

Der westliche Wohlfahrtsstaat hat nämlich verlernt, dass es selbstgesteuertes Verhalten gibt und geben soll. Die Selektion zwischen



Der westliche Wohlfahrtsstaat hat verlernt, dass es selbstgesteuertes Verhalten gibt – und geben soll.

den Bürgern ist nämlich nicht blind, ob einer früh stirbt oder häufiger krank ist. Das Verhalten bei Essen und Trinken, wie viel man sich bewegt und wie wenig man raucht, das alles übt eine Selbstdisziplin aus. Und wenn meistens diese eher Gesunden auch noch gebildeter, beruflich weiter und bessere Verdienner sind, dann geht die Ursachenkette auch hier von der Selbstdisziplin aus – diese gesunden Streber lernen auch mehr, sie geben auch etwas mehr im Beruf. Sie geniessen, so der technische Ausdruck, tiefere Morbidität und Mortalität. Natürlich gibt es einen letzten Rest, oft einen grossen, von Schicksal und Zufall geprägt, aber nicht nur.

Die asymmetrische Information spielt auch in einer anderen Versicherung mit – bei der Arbeitslosenversicherung. Hier geht es nicht um Leben und Tod, hier wissen die meisten, dass es sie kaum treffen wird. Eine private Versicherung würde nur die schlechten Risiken anziehen, sie unterstünde einer «adversen Selektion». Ausserdem fallen die Risiken alle gleichzeitig an, nämlich in einer Krise. Deshalb ist die Arbeitslosenversicherung obligatorisch. Hier ist eine weitgehende Solidarität aller richtig. Aber in der Schweiz gilt die Bedingung, dass die Arbeitslosen sich vermittelbar halten, dass sie auch einfache Arbeiten annehmen müssen. Auch sie sollen solidarisch sein – mit den Zahlenden.

Die Sozialversicherungen sind also nicht einfach auf schrankenlose Wohltätigkeit zu bauen. Sondern sie haben ihre je eigenen Techniken und Gesetzmässigkeiten. Vor allem aber sollen auch Sozialversicherungen künftig mit Menschen rechnen, die rechnen können, die sich selbst in die Finger nehmen können.

Personen und Unternehmen

Standard & Poor's. Der Anbieter von Indizes für Finanzanlagen hat diese Woche den Catholic-Values-Index lanciert. Er investiert im Einklang mit den Richtlinien der US-Bischöfekonferenz. So werden Waffenfirmen ausgeschlossen oder Unternehmen, die mit Kinderarbeit in Zusammenhang gebracht werden. Kein Hindernis sehen die amerikanischen Bischöfe hingegen bei Anlagen in Erdöl. Dies, obwohl Papst Franziskus sich vor kurzem gegen fossile Energien ausgesprochen hat. Eine der grössten Positionen im Catholic-Values-Index ist Exxon Mobil, trotz der päpstlichen Empfehlung. (stü.)

Weihnachtsmann. Vier Monate noch, dann wird es wieder etwas geben. Ob der als Touristenattraktion in Lappland tätige Mann mit weissem Bart und rotem Mantel so lange durchhält, ist ungewiss. Ihn plagen sinkende Besucherzahlen und hohe Steuerschulden. Die finnische Steuerbehörde hat gegen die Betreiberfirma des Weihnachtsmann-Büros in Rovaniemi in Lappland einen Insolvenzantrag eingereicht. «Wir müssen bis zum Donnerstag eine Steuernachzahlung von 200 000 € zahlen», sagt Bürochef Jarmo Kariniemi. Er zeigte sich zuversichtlich, den Betrag aufbringen zu können. Im letzten Jahr verzeichnete der Erlebnispark noch rund 300 000 Besucher, 2015 ist laut Kariniemi die Zahl der Gäste aus Russland um 50% eingebrochen. (dpa)





Lindt
CONNAISSEURS



„Die Verführerische...“



...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralinés. Schenken Sie Connaisseurs, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maitres Chocolatiers.



Kostspieliges Puerto-Rico-Abenteuer der UBS

Grossbank ist mit Rückzahlungs- und Schadenersatzforderungen von über 1 Milliarde Dollar konfrontiert

Falsche Beratung im Geschäft mit Puerto-Rico-Anleihen kommt die UBS nachträglich teuer zu stehen.

Sophie Schimansky, New York

Ausgerechnet die kleine Karibikinsel Puerto Rico bereitet der grössten Schweizer Bank jede Menge Ärger. Die Insel, die zu den USA gehört, hatte jüngst verkündet, Schulden aus Kommunalanleihen von 58 Mio. \$ nicht bedienen zu können. Jetzt geht die Angst vor weiteren Ausfällen um.

Für die UBS hat sich das Geschäft mit den Anleihen der Insel schon früher zum Problem entwickelt. Wegen Beratungsfehlern fordern Hunderte von Anlegern Rückzahlungen und Schadenersatz. In ihrem letzten Quartalsbericht summiert die UBS die Forderungen auf über 1,1 Mrd. \$.

Einer dieser zahlreichen Fälle hat Schlagzeilen gemacht. Juan Burgos Rosado hatte sich mit Hausmeisterarbeiten und Reparaturen in der New Yorker Bronx sein Startkapital für Immobiliengeschäfte in seiner Heimat Puerto Rico zusammengespart. Auf Anraten seiner UBS-Beraterin legte

der 66-Jährige seine Ersparnisse in einem geschlossenen Fonds mit puerto-ricanischen Anleihen an, insgesamt 1,125 Mio. \$. Inzwischen hat das Investment zwei Drittel seines Werts verloren.

Vor der Standesorganisation der Banken Finra erreichte Burgos jetzt von der UBS eine Zahlung von 1 Mio. \$. Die Finrschlichter stehen in dem Ruf, branchenfreundlich zu sein. Doch in diesem Fall fanden sie scharfe Worte. So beklagten sie, dass Burgos offensichtlich nicht nur falsch beraten wurde, sondern, dass die UBS bewusst eigenes Risiko auf ihren Kunden abgewälzt habe. Die Banker hatten das Risiko des Fonds erhöht, indem sie die Anleihen zum Teil auf Kredit kauften. Die Finrschlichter befanden, das Produkt sei ganz offensichtlich ungeeignet für den Rentner.

Als 2013 Medienberichte über die abstürzende Wirtschaft Puerto Ricos erschienen, musste Burgos feststellen, dass seine Anlage bereits 18% an Wert verloren hatte. Darauf angesprochen, erklärte die UBS-Filialleiterin, auch dünne Kühe gäben Milch, worauf Burgos laut Finra erwiderte, er mache sich Sorgen, dass die Kuh sterbe.



Protest gegen die Finanzkrise im Finanzbezirk von San Juan, der Hauptstadt von Puerto Rico. (15. 7. 2015)

73 Mrd. \$

oder 70% des Bruttoinlandsprodukts betragen Puerto Ricos Schulden. Das Land steckt seit 2006 in einer Wirtschaftskrise.

Was Burgos nicht wusste: Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es praktisch keinen Markt mehr für die Papiere. Weil die UBS die faulen Papiere nicht mehr in ihren Büchern haben wollte, wies das Management die Berater an, ihre Papiere schnellstmöglich loszuwerden. Anlegern, die ihre Anteile

verkaufen wollten, boten sie stattdessen einen Kredit an. Im Herbst 2013 schliesslich bot die UBS an, Burgos' Papiere zurückzukaufen. Für Anteile, die laut seinem Kontoauszug 450 000 \$ wert sein sollten, bot ihm, so der Bericht, seine UBS-Brokerin nur 90 000 \$. Die UBS wollte trotz

Anfragen der «NZZ am Sonntag» nicht zum Fall Stellung nehmen.

900 Fälle im Zusammenhang mit diesen geschlossenen Fonds liegen auf dem Tisch der Finrschlichter. Anwalt Craig McCann von der Securities Litigation and Consulting Group vertritt Anleger, die gegen die Bank Beschwerde führen. Er erwartet mindestens noch einmal so viele Fälle bis 2019; dann läuft die Sechsjahresfrist ab, innerhalb deren Geschädigte klagen können. Der Schaden für die UBS dürfte weiter zunehmen, vermutet er. Er könne die bisher deklarierten 1,1 Mrd. \$ noch deutlich übersteigen. «Die UBS war der Player schlechthin auf dem puerto-ricanischen Markt», sagt Anwalt McCann.

Zu den Geschädigten zählt auch Jacqueline Torres Felix. Die 43-jährige Puerto-Ricanerin hatte 800 000 \$ als Entschädigung von General Motors bekommen, nachdem ihr Auto wegen eines technischen Defekts explodiert war. Bei dem Unfall hatte die Frau ihre beiden Töchter verloren. Empfohlen habe der Broker ihr die Fondsanteile als sicher. Stattdessen verlor Torres, die laut ihrem Anwalt keinerlei Wissen im Finanzbereich hat, 400 000 \$.